

Gute Arbeit.

Starke Wirtschaft.

Soziale Sicherheit.

**Anforderungen des DGB Nord
an die demokratischen Parteien
zur Landtagswahl
Schleswig-Holstein 2027**



Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

eMail: info.nord@dgb.de

nord.dgb.de

Stark in Arbeit.

Gute Arbeit. Starke Wirtschaft. Soziale Sicherheit.

Anforderungen des DGB Nord an die demokratischen Parteien zur zur Landtagswahl Schleswig- Holstein 2027

Im April 2027 wählen die Bürgerinnen und Bürger von Schleswig-Holstein eine neue Landesregierung. Die Wahl findet in herausfordernden und bewegten Zeiten statt. Die Folgen vielfältiger nationaler und internationaler Krisen sind auch in Schleswig-Holstein spürbar. Hohe Lebenshaltungskosten, Sorge vor Arbeitsplatzverlust und Ängste um Frieden und Sicherheit sowie die zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels führen zu Unsicherheit und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Deshalb braucht es jetzt einen klaren Kompass und konkrete Maßnahmen, die die Menschen in ihrem Alltag unterstützen. Wir Gewerkschaften haben Antworten, wie den aktuellen Herausforderungen begegnet werden muss. Gute Arbeit, eine starke Wirtschaft und soziale Sicherheit sind keine Utopie. Sie können durch gemeinsames und entschlossenes Handeln in Schleswig-Holstein erreicht werden.

Schleswig-Holstein bringt dafür gute Voraussetzungen mit: viel erneuerbare Energie, große Import- und Speichermöglichkeiten, eine vielfältige Unternehmenslandschaft und ein starkes industrielles Rückgrat. Hinzu kommen hochmotivierte und gut ausgebildete Fachkräfte sowie ein demokratischer



Laura Pooth, Vorsitzende DGB Nord
Daniel Taprogge, stellvertretender Vorsitzender DGB Nord

und handlungsfähiger Staat, der die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg bildet.

Damit dieses Potential erhalten und weiter gehoben werden kann, brauchen wir eine Politik, die die Themen Gute Arbeit, starke Wirtschaft und soziale Sicherheit konsequent in den Mittelpunkt stellt.

Gute Arbeit

Gute Arbeit muss im Fokus der Anstrengungen stehen. Wir brauchen tariflich abgesicherte, mitbestimmte und gut bezahlte Arbeitsplätze. Nur mit guter Arbeit werden wir die Zukunft des Landes im Sinne der Beschäftigten gestalten. Wir erwarten deshalb, dass die Politik konsequent Mitbestimmung und Tarifbindung stärkt. Schleswig-Holstein braucht endlich ein Tariftreue- und Vergabegesetz.

Gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte sind ein Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg. Aktuell macht sich jedoch der Fachkräftemangel branchenübergreifend bemerkbar und gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Besonders alarmierend ist zudem, dass immer weniger junge Menschen nach der Ausbildung übernommen werden.

Junge Menschen brauchen Perspektiven, um optimistisch in die Zukunft blicken zu können. Gute Ausbildung, Zuwanderung und höhere Erwerbstätigkeit von Frauen sind Schlüsselfaktoren, um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen.

Starke Wirtschaft

Starke Wirtschaft ist die Grundlage unseres Wohlstands. Deshalb muss es in der aktuellen schwierigen wirtschaftlichen Lage darum gehen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Wir fordern die Politik auf, durch konsequentes und zukunftsorientiertes Handeln verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen zur Stärkung der Industrie im Norden und für eine sozial gerechte Energiewende zu schaffen. Die Transformation darf weder auf Kosten derjenigen gehen, die ohnehin wenig haben, noch darf sie industrielle Wertschöpfung und Zukunftschancen gefährden.

Wirtschaftliche Entwicklung, gute Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen.

Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. Eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur und ein starker öffentlicher Dienst ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe, schaffen Vertrauen und stärken den sozialen Zusammenhalt. Wenn Busse zuverlässig fahren, gute Kitas, Schulen und Krankenhäuser vorhanden sind und die innere Sicherheit gewährleistet ist, verbessert das die Lebensbedingungen der Menschen und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir fordern daher massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den öffentlichen Dienst. Von der neuen Landesregierung erwarten wir zudem ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Sozialstaats. Die geplanten bundespolitischen Reformen dürfen so nicht umgesetzt werden und Einsparungen im sozialen Bereich darf es nicht geben!

Gute Arbeit, starke Wirtschaft, soziale Sicherheit – Demokratie schützen und stärken

Gute Arbeit, starke Wirtschaft, soziale Sicherheit. Mit diesen Zielen treten wir auch ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie. Angesichts der jüngsten Erfolge rechtsextremer Kräfte und der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft erwarten wir von der zukünftigen Landesregierung, dass sie die Demokratie, ihre Institutionen und demokratische Strukturen in der Gesellschaft konsequent schützt und stärkt. Die Gewerkschaften und die betriebliche Mitbestimmung müssen dabei als zentrale Säulen unserer Demokratie besonders gestärkt werden. Eine Zusammenarbeit mit Verfassungsfeinden lehnen wir ab.

“Gute Arbeit, starke Wirtschaft, soziale Sicherheit – die Gewerkschaften haben ihre Erwartungen und Vorschläge für eine soziale und starke Zukunft von Schleswig-Holstein formuliert. Für einen Dialog auf Augenhöhe stehen wir jederzeit zur Verfügung.”

Laura Pooth und Daniel Taprogge

Anforderungen des DGB Nord an die demokratischen Parteien zur Landtagswahl Schleswig-Holstein 2027

Gute Arbeit und Ausbildung schaffen, Fachkräfte sichern	Seite 6
Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern, Energiewende voranbringen	Seite 8
Sozialstaat, Bildung und öffentliche Infrastruktur stärken – investieren statt sparen	Seite 10
Attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sichern	Seite 12
Frauen- und Gleichstellungspolitik voranbringen	Seite 14
Gute Bildung für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein	Seite 15
Demokratie sichern und stärken	Seite 17



Gute Arbeit und Ausbildung schaffen, Fachkräfte sichern

Betriebe in die Pflicht nehmen – »Zukunftsfonds Schleswig-Holstein« einführen

Die Stärkung der Berufsausbildung ist der Schlüssel zur Fachkräftesicherung von morgen. Auch in Schleswig-Holstein geht die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze zurück, während sich immer mehr junge Menschen für eine Ausbildung interessieren. Wenn die Wirtschaft ihrer Verantwortung zur Ausbildung nicht nachkommt, muss das Land mit Einführung eines solidarisch von den Arbeitgebendenfinanzierten Zukunftsfonds Ausbildung sowohl in Quantität als auch in Qualität stärken. Für ihr Ausbildungsengagement erhalten Betriebe einen Ausgleich der Kosten. Betriebe, die sich momentan nicht an Ausbildung beteiligen, werden durch umfangreiche Maßnahmen aus dem Fonds fit für die Ausbildung gemacht.

Tarifbindung stärken – Fairen Wettbewerb sicherstellen

Die Tarifbindung ist als eines der zentralen Kernelemente der sozialen Marktwirtschaft zu stärken. Hierfür muss die öffentliche Hand ihre Möglichkeiten nutzen. Es braucht ein Tariftreuegesetz, welches kommunale öffentliche Aufträge oder Aufträge des Landes an tarifliche Standards bindet (wie bei Bundesaufträgen das Bundestariftreuegesetz). Insbesondere bei den anstehenden Milliardeninvestitionen in Infrastruktur, Energiewende und industrielle Transformation muss gelten: Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit. Tarifgebundene Unternehmen müssen bei öffentlichen Investitionen und Förderprogrammen bevorzugt berücksichtigt werden. Wettbewerb muss auf Grundlage von Service, Nachhaltigkeit, Innovation und Qualität stattfinden anstatt auf Grundlage von Dumpinglöhnen, welche die öffentliche Hand über staat-

liche Transferleistungen (wie Grundsicherung oder Wohngeld) wieder aufstocken muss. Um die Tarifbindung zu stärken, fordern wir die Landespolitik auf, sich intensiv für die Vereinfachung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen für alle Beschäftigten einer Branche einzusetzen. Eine Blockademöglichkeit für Arbeitgeber darf es nicht geben.

Sonn- und Feiertagsschutz

Der Sonn- und Feiertagsschutz ist für die Arbeitnehmer*innen von besonderer Bedeutung. Die freien Sonn- und Feiertage ermöglichen es, Zeit mit Familie und Freunden zu verbringen und soziale Beziehungen zu pflegen. Wir benötigen deshalb dringend den Schutz des freien Sonntags und die Abschaffung der nicht-verfassungskonformen Bäderregelung sowie des Sonntagsprivilegs für personallose Supermärkte.

Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende

Die Gründung eines Azubiwerks Schleswig-Holsteins war ein wichtiger Schritt zur Steigerung der Attraktivität der beruflichen Ausbildung. Es braucht weiterhin die Unterstützung der Landesregierung, damit schnellstmöglich bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende entsteht, wo bisher ein Mangel herrschte. Die Fördermittel aus dem Bundesprogramm Junges Wohnen müssen mindestens zur Hälfte für Azubiwohnen verwendet werden.

Gute Berufsschulen in Schleswig-Holstein

Für eine attraktive duale Ausbildung in Schleswig-Holstein muss die Landesregierung in eine gute und möglichst wohnortnahe Unterrichtsversorgung investieren. Neue Unterrichtsformen müssen qualitativ abgesichert sein.

Außerdem müssen ausreichend und qualitativ hochwertige Unterbringungsmöglichkeiten in Internaten an den Berufsschulstandorten vorgehalten werden. Dafür braucht es eine regelmäßige Bedarfsanalyse sowie einen, gemeinsam mit den Sozialpartnern entwickelten, verpflichtenden Qualitätsrahmen.

Azubi-Ticket für Schleswig-Holstein

Auszubildende und dual Studierende brauchen eine ökologische und bezahlbare Möglichkeit, um die unterschiedlichen Lernorte erreichen zu können.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, ein echtes bundeslandweit gültiges Azubi-Ticket zur Nutzung des ÖPNV zu schaffen. Das steigert die Mobilität, entlastet die Auszubildenden finanziell und macht damit die Ausbildung auch attraktiver. Natürlich ist ein solches Ticket nur hilfreich, wenn der ÖPNV auch entsprechend gut ausgebaut ist und die einzelnen Lernorte flächendeckend erreichbar sind.

Anwerbung von Auszubildenden aus dem Ausland – nachhaltig, sozial und gerecht

Die künftige Landesregierung soll eine Bundesratsinitiative anstoßen, damit Deutschland das Übereinkommen 181 der Internationalen Arbeitsorganisation über private Arbeitsvermittler von 1997 ratifiziert. Bisher werden vielfach Kosten und Risiken bei der Anwerbung von Auszubildenden aus dem Ausland (insbesondere beim Einschalten privater Vermittlungsagenturen) auf die Auszubildenden selbst abgeschoben. Um eine nachhaltige und gerechte Einwanderung zu erreichen, müssen diese Zustände dringend unterbunden werden. Dafür braucht es beispielsweise gesetzliche Regelungen für ein Verbot von in- und ausländischen

Vermittlungsagenturen, die sich so finanzieren. Die Landesregierung muss sich für faire Bedingungen für ausländische Auszubildende einsetzen, Missbräuche verhindern und Maßnahmen ergreifen, um eine echte Willkommenskultur in Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu etablieren.



Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze sichern, Energiewende voranbringen

Es gilt, die Wirtschaft zu stärken und angesichts der weltweiten Krisen resilienter aufzustellen. Dies funktioniert jedoch nur mit einer Wirtschaftspolitik, die Gute Arbeit als wichtigste Ressource in einem rohstoffarmen Land in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die soziale Sicherung und gute Arbeitsbedingungen als wichtigen Standortfaktor begreift. Unser Land hat alle Voraussetzungen, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Hier im Norden kommt alles zusammen: Viel erneuerbare Energie, große Import- und Speichermöglichkeiten, eine vielfältige Unternehmenslandschaft und ein bedeutendes industrielles Rückgrat. Außerdem können wir auf hochmotivierte und gut ausgebildete Fachkräfte bauen sowie einen demokratischen und handlungsfähigen Staat, der Voraussetzung für Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg ist.

Strategien für eine offensive Industrie-, Innovations- und Dienstleistungspolitik

Wir brauchen klare, nachvollziehbare und miteinander verzahnte Strategien für unser Land. Sie setzen für Politik, Verwaltung, Unternehmen und Beschäftigte klare Ziele für gute und sichere Beschäftigung, mehr Klimaschutz, Wachstum, Investitionen und Innovationen. Nur so wird aus technischem und wirtschaftlichem Fortschritt auch sozialer Fortschritt.

Wirtschaftsförderung nur für Gute Arbeit mit Beschäftigungssicherung

Staatliche Unterstützung für Unternehmen aus Steuergeldern muss endlich an Mitbestimmung und eine tariflich vereinbarte Beschäftigungssicherung gebunden werden, um sicherzustellen, dass die Förderung nicht nur einer Gewinnmaximierung dient, sondern auch gesellschaftlichen Interessen

folgt. Die Landesregierung muss dafür klare Kriterien festlegen, Transparenz herstellen und die Einhaltung konsequent kontrollieren.

Industrie und Dienstleistung sind essenziell für die gesamte Volkswirtschaft

Industrielle Strukturen sind derzeit besonders unter Druck. Dringend brauchen wir eine aktive Industriepolitik, die den klima- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen einer veränderten Geo- und Handelspolitik gerecht wird. Diese Strategien sind als Stufenpläne branchenbezogen unter der engen Einbeziehung von Beschäftigten und Arbeitgebern zu entwickeln, um den eng verwobenen Wertschöpfungspotentialen und -ketten gerecht zu werden.

Es gilt, das industrielle Rückgrat beginnend mit der energieintensiven Grundstoffindustrie als Ausgangspunkt vielfältiger Wertschöpfungsketten zu stärken. Hier im Norden Deutschlands können wir der Welt zeigen, dass Wachstum, soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, die Sicherung und der Aufbau von Guter Arbeit und industrieller Wertschöpfung sowie Klimaschutz und Ressourcenschonung keine Widersprüche sein müssen. Dabei muss der Wandel nachvollziehbar, sozial abgesichert und industriell tragfähig gestaltet werden. Dazu gehört auch, über die Vergabe öffentlicher Aufträge konsequent grüne Leitmärkte zu entwickeln und über "Local Content"-Vorgaben die europäische Wertschöpfung zu sichern und zu erhöhen.

Der Dienstleistungssektor als weiteres Rückgrat der Gesellschaft treibt Innovationen voran und erbringt die notwendige gesellschaftliche Daseinsvorsorge, ohne die eine Industrieproduktion nicht

funktionieren könnte. Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung, Energie, Mobilität, Wasser und Telekommunikation sind die Basis des täglichen Lebens. Sie sichern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Lebensqualität.

Notwendig ist ein nationales Zukunftsinvestitionsprogramm, das explizit auch die soziale Infrastruktur, Innovationen, Digitalisierung und Bildung fördert.

Energiepreise senken

Bisher kommen die niedrigen Gestehungskosten der Erneuerbaren viel zu wenig bzw. nicht bei den Verbrauchern an und gefährden die demokratische Zustimmung zur notwendigen Energiewende.

Auch wenn das Land hier nicht die großen Hebel in der Hand hat, kann es doch einen wesentlichen Beitrag leisten: Senkung der Netzkosten bei den regionalen Verteil- und Wärmenetzbetreibern durch langfristig staatlich abgesicherte Investitionen auf Landesebene. Das senkt die Zinskosten für ent-

sprechende Investitionen und damit auch die Netzkosten insgesamt. Bei kommunalen Netzbetreibern sinkt dadurch auch der Druck auf überstrapazierte kommunale Finanzen.

Damit Verfahren schnell umgesetzt werden können, braucht es eine gute Ausstattung von Planungs- und Genehmigungsbehörden und eine Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, soweit sie in der Hand des Landes sind und rechtssicher ausgestaltet werden können.



Zusammen schaffen wir es

Wer bremst, verliert! Wer jetzt das Tempo bei der Energiewende drosselt, sorgt für Unsicherheiten bei den Beschäftigten und in der Wirtschaft. Wir brauchen das Gegenteil: große Ziele und selbstbewusstes Anpacken.

Laura Pooth, Vorsitzende DGB Nord

Positionspapiere zur Energiewende unter >



Sozialstaat, Bildung und öffentliche Infrastruktur stärken – investieren statt sparen

Investitionen für unser Land

Wir fordern eine massive sozial-ökologische Investitionsoffensive für gut ausgestattete Kitas, Schulen und Hochschulen, eine landesweit gut funktionierende Gesundheitsversorgung und öffentliche Verwaltung, für Straßen, Brücken und Schienen, die die Menschen im Land verlässlich verbinden. Alle Finanzierungsspielräume müssen dafür genutzt werden, den nachfolgenden Generationen ein sozial gerechtes und funktionierendes Gemeinwesen sowie ein nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. Dabei fordern wir eine stärkere Beteiligung der Reichen und Vermögenden an der Finanzierung des Gemeinwesens.

EU-Mittel verstetigen und sinnvoll einsetzen

Schleswig-Holstein hat in den letzten Jahrzehnten erhebliche Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur (GRW) und Agrarpolitik (GAP) erhalten. Die Europäische Kommission will die Struktur für die Verteilung der Mittel ab 2028 massiv verändern und zentralisieren.

Deshalb bedarf es dringend einer Landesförderstrategie, in der prioritäre Handlungsfelder benannt und mit den unterschiedlichen Förderlinien aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln sinnvoll verknüpft werden. Europäische Mittel müssen weiterhin auf regionaler Ebene geplant und umgesetzt werden und zumindest in gleicher Höhe erhalten bleiben. Die Förderung durch öffentliche Gelder muss an Tarifbindung, Mitbestimmung und eine Beschäftigungssicherung gekoppelt werden.

Kommunale Handlungsfähigkeit sichern und Kommunalfinancen stärken

Städte, Gemeinden und Kreise sind das Fundament des Sozialstaates. Sie sichern Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Kultur, Mobilität und soziale Teilhabe. Ihre finanzielle Handlungsfähigkeit ist Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Schleswig-Holstein. Wir fordern die zukünftige Landesregierung auf, die kommunale Finanzausstattung dauerhaft und substantiell zu verbessern. Der kommunale Finanzausgleich muss weiterentwickelt werden, damit die Kommunen ihre Aufgaben verlässlich erfüllen können. Das Konnexitätsprinzip muss konsequent angewendet werden. Wer den Kommunen neue Aufgaben überträgt, muss die dafür erforderlichen finanziellen Mittel vollständig bereitstellen. Städte, Gemeinden und Kreise dürfen nicht länger gezwungen sein, notwendige Leistungen der Daseinsvorsorge einzuschränken, Personal abzubauen oder Investitionen aufzuschieben. Darüber hinaus braucht es Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen bei Sozialausgaben, wirksame Instrumente zur Bewältigung kommunaler Altschulden sowie eine dauerhafte Sicherung der Finanzierung kommunaler Beschäftigung. Öffentliche Dienstleistungen müssen unabhängig von der Kassenlage einzelner Kommunen in hoher Qualität gewährleistet werden.

Öffentlichen Nahverkehr ausbauen

Der öffentliche Nahverkehr nimmt eine Schlüsselrolle in der Mobilitätsversorgung der Bevölkerung sowie im Klimaschutz ein. Es ist unabdingbar, dass der ÖPNV nicht nur attraktiv für die Nutzerinnen und Nutzer, sondern auch als Beschäftigungssystem für die vielen engagierten Beschäftigten gesichert wird. Dabei ist eine vollständige und nachhaltige Finanzierung des ÖPNV zentrale Voraussetzung, um die

personellen, strukturellen und betrieblichen Herausforderungen zu meistern. Daher fordern wir eine deutlich verbesserte finanzielle Absicherung, insbesondere im Hinblick auf die dauerhafte Deckelung und Finanzierung des Deutschlandtickets. Nur so kann ein verlässliches und planbares Tarifangebot gewährleistet werden, das für Menschen aller Generationen eine echte Alternative zum privaten Pkw darstellt und so den notwendigen Verkehrswandel unterstützt.

Gute und verlässliche Pflege und Gesundheitsversorgung

Das Land muss auch zukünftig die wohnortnahe und patientenorientierte Gesundheitsversorgung sicherstellen. Der Schuldenschnitt für das UKSH war ein wichtiger Schritt. Aber auch die Grund-, Regel und Schwerpunktversorger in Schleswig-Holstein stehen unter massivem Druck. Wo nötig, muss das Land die regionale Versorgung zusammen mit Kommunen und Landkreisen mindestens auf dem aktuellen Niveau halten. Die Transformation der Krankenhauslandschaft darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Insbesondere in der Frauen- und Geburtsheilkunde darf es keine weiteren Schließungen geben. Plänen der Bundesregierung, die Tariflohnpflicht in der Altenpflege und die Refinanzierung von Tarifverträgen, das Pflegebudget oder die PPR 2.0 abzuschaffen, muss das Land entschieden entgegenreten.

Teilhabe und Integration weiter ermöglichen

Behinderten- und Eingliederungshilfe sind der entscheidende Eckpfeiler zur Integration von Menschen mit Einschränkungen, sowohl gesellschaftlich als auch im Arbeitsleben. Weder darf das Land Sparvorschläge in diesem Bereich unterstützen noch selbst initiieren. Den Regelungen zur Refinanzierung von Tarifverträgen muss die Koordinierungsstelle für soziale Hilfen (KoSoz) vollumfänglich nachkommen.

Sozialstaat verteidigen statt abbauen

Ein starker Sozialstaat ist keine Belastung für wirtschaftlichen Erfolg, sondern eine Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt, demokratische Stabilität und gesellschaftlichen Wohlstand. Die zukünftige Landesregierung muss sich auf allen Ebenen klar gegen Bestrebungen stellen, soziale Sicherungssysteme abzubauen oder Rechte von Arbeitnehmer*innen einzuschränken.

Um die Alterssicherung zu stärken, muss die zukünftige Landesregierung sich auf allen Ebenen für die Bekämpfung von Altersarmut einsetzen. Dazu gehören unter anderem armutsfeste Renten, die Stärkung der Rentenansprüche von Pflegepersonen, der Schutz der Hinterbliebenenversorgung sowie die Verhinderung von Verschlechterungen bei Witwen- und Witwerrenten.

Bedarfe und Finanzierung öffentlicher Investitionen in Schleswig-Holstein

Zahlen, Daten, Fakten

In Schleswig-Holstein gehen wir bis zum Jahr 2030 von einem öffentlichen Investitionsbedarf von mind. 17 Milliarden allein in den vier Bereichen Klimaschutz, Infrastruktur, Wohnungswesen und Gesundheit aus. Das ergab eine von uns in Auftrag gegebene Studie aus dem Jahr 2022.

[Download der Studie >](#)



Attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sichern

Verhandeln statt verordnen

Beamtenrechtliche Regelungen sind unter intensiver Beteiligung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu treffen. Die Form der Beteiligung muss dabei dem Grundsatz „Verhandeln statt verordnen“ entsprechen. Die zwischen dem DGB und der Landesregierung getroffene Beteiligungsvereinbarung hat sich bewährt und muss weiterhin aktiv gelebt werden. Bei Gesetzesinitiativen zu beamtenrechtlichen Regelungen aus der Mitte des Landtages muss die Anhörung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften eine Selbstverständlichkeit sein.

Tarifabschlüsse zeit- und wirkungsgleich übertragen

Die Beamt*innen dürfen auch künftig nicht von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden. Die im Rahmen der Tarifverhandlungen gefundenen Einigungen müssen Maßstab für die regelmäßigen Anpassungen der Besoldung und Versorgung sein.

Die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind deshalb verlässlich zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung der Beamt*innen des Landes und der Kommunen zu übertragen.

Arbeitszeit für Beamt*innen reduzieren

Die 41-Stunden-Woche für die Beamt*innen stellt einen erheblichen Wettbewerbsnachteil im Kampf um die besten Köpfe in Schleswig-Holstein dar. Sie führt zu einer hohen Arbeitsbelastung und gefährdet die Gesundheit. Die Arbeitszeit der Beamt*innen ist auf das Niveau der Tarifbeschäftigten abzusenken. Im Bereich der Schulen sind eine Arbeitszeiterfassung für die Lehrkräfte einzuführen und die Pflichtstunden für die Lehrkräfte zu reduzieren. In der Zeit bis zu einer generellen Reduzierung der Arbeitszeit der Beamt*innen muss sich für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte die

niedrigere allgemeine Arbeitszeit auch in einer verringerten Pflichtstundenzahl auf Landesebene widerspiegeln.

Pauschale Beihilfe entbürokratisieren

Beamt*innen müssen sich ohne Nachteile freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern können. Für neue Beamt*innen muss es eine Wahlfreiheit zwischen den Systemen geben. Schleswig-Holstein braucht eine pauschale Beihilfe nach dem Vorbild der anderen norddeutschen Länder. Die bestehenden Regelungen sind zu entbürokratisieren.

Beschäftigte vor Gewalt schützen

Die Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nimmt immer mehr zu. Der DGB und seine Gewerkschaften lehnen jegliche Gewalt – insbesondere gegen Personen, die einen gesellschaftlichen Auftrag erfüllen sowie gegen staatliche Strukturen – entschieden ab.

Wir erwarten von der Landespolitik, geeignete Maßnahmen zu treffen, um dem Problem zu begegnen. Hierzu gehören beispielsweise einheitliche Kriterien für Meldungen und statistischen Erhebungen zu Gewaltvorfällen, der Zugang zu Beratungs- und Schulungsangeboten, der Schutz persönlicher Daten der Beschäftigten und eine konsequente Strafverfolgung durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Hierfür ist aus Sicht des DGB eine Vereinbarung nach § 59 Mitbestimmungsgesetz erforderlich.



mensch.dgb.de

Digitalisierung beschäftigtenfreundlich vorantreiben

Mit der voranschreitenden Digitalisierung des öffentlichen Dienstes gehen für alle Beschäftigten erhebliche Veränderungen von Arbeitsabläufen und Arbeitsweisen einher. Der digitale Wandel der Verwaltung ist deshalb unter Beachtung von Mitbestimmung und Beteiligung zu gestalten.

Dem Erhalt der Gesundheit der Beschäftigten, ihrer Qualifizierung und Weiterbildung muss dabei eine besondere Bedeutung zukommen.

Eine datenschutzkonforme Verarbeitung von Beschäftigtendaten und der Schutz vor unzulässigen Verhaltens- und Leistungskontrollen sind zu gewährleisten.

Neue IT-Verfahren dürfen nicht zur Kündigung oder Änderungskündigung von Arbeitsverhältnissen mit dem Ziel der tariflichen Herabgruppierung führen. Bei notwendigen Versetzungen oder Umsetzungen werden vorrangig gleichwertige Arbeitsplätze bzw. Dienstposten angeboten, sofern im bisherigen Tätigkeitsbereich eine gleichwertige Tätigkeit nicht weiter möglich ist.

Auf die Belange der Beschäftigten mit Behinderung muss besonders Rücksicht genommen werden.

Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit und Usability entsprechend dem Stand der Technik muss ein selbstverständliches Auswahl- und Designkriterium für die im öffentlichen Dienst genutzten IT-Verfahren sein. Die IT-Verfahren des Landes sollen in dieser Hinsicht eine Vorbildfunktion einnehmen. Dies nützt auch den Bürger*innen.



Frauen- und Gleichstellungspolitik voranbringen

Immer noch bestehen strukturelle Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, vor allem die Entgeltlücke ist viel zu hoch.

Aktuell verdienen Frauen in Schleswig-Holstein im Schnitt 12 Prozent weniger als Männer. Diese Lohnlücke ist das Ergebnis struktureller Ungleichheit: ungleich verteilte Sorgearbeit, Teilzeitfalle und fehlende Betreuungsangebote für Kinder bis ins Schulalter sowie für Menschen mit Unterstützungsbedarf sind maßgebliche Ursachen des Gender Pay Gap.

Entgeltlücke schließen

Wir fordern deshalb von der zukünftigen Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür stark zu machen, dass die Entgelttransparenzrichtlinie der EU endlich in nationales Recht umgesetzt wird.

Darüber hinaus müssen Maßnahmen zur Aufwertung von frauendominierten Berufen getroffen werden. Dies ist auch ein Schutz vor Altersarmut. Tarifverträge schaffen hier mehr Geschlechtergerechtigkeit. Auch deshalb muss die Tarifbindung ausgebaut werden.

Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben verbessern

Grundsätzlich braucht es eine bessere Ausgestaltung der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben, die allen Menschen erleichtert, Familienzeit, Sorgearbeit und Ehrenamt mit beruflichen Belangen abzustimmen. Dabei müssen auch Männer stärker in den Blick genommen werden, etwa über partnerschaftliche Elternzeitnahme oder die Freistellung für Väter nach der Geburt, wie es die Vereinbarkeitsrichtlinie der EU vorsieht.

Klischeefreie Berufsorientierung etablieren

Die Berufsorientierung muss klischeefrei sein und Rollenstereotypen entgegenwirken. Die Vermittlung von Genderkompetenz bereits in der Lehramtsausbildung als auch in schulinternen Fortbildungen ist dafür eine wesentliche Voraussetzung.

Parität in Politik und Wirtschaft herstellen

Darüber hinaus hat die Herstellung von Parität in den Parlamenten, Entscheidungsgremien und in der Wirtschaft eine wichtige Signalwirkung für die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft insgesamt und ist ein elementarer Baustein für die Beseitigung struktureller Ungleichheit. Das Prinzip des Gender Budgeting, also die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in allen Phasen des Haushalts- und Budgetprozesses, muss in allen Ressorts zur Anwendung kommen.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen – Frauenhäuser stärken

Die durchschnittliche Belegungsquote aller Frauenhäuser in Schleswig-Holstein lag 2024 bei über 108 Prozent – das bedeutet, dass viele Frauen bei Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner keine oder keine ausreichende Hilfe bekommen. Dieser Zustand muss beendet werden!

Mit dem beschlossenen Gewalthilfegesetz muss jedes Bundesland bis Ende 2026 eine Analyse des Bedarfs an Gewalthilfesystemen und eine Entwicklungsplanung vorgelegt haben. Ab 2027 sind die Länder verpflichtet, ein Netz von ausreichenden Schutz- und Beratungsangeboten für alle bedürftigen Personengruppen sicherzustellen. Die Landesregierung Schleswig-Holstein muss diese Vorhaben umfassend und so schnell wie möglich umsetzen.

Gute Bildung für ein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein

Bildung ist der Schlüssel für eine gute Zukunft. Die künftige Landesregierung muss deshalb alles dafür tun, um allen Menschen in Schleswig-Holstein von Beginn an gute Bildung zu ermöglichen.

Die strukturelle Benachteiligung von Kindern und Menschen aufgrund sozialer Herkunft muss drastisch verringert werden. Ebenso sind auch gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Kita, Schule und Hochschule zentral. Denn nur mit guter Arbeit gibt es auch gute Bildung. Deshalb braucht es dringend eine Entlastung für die Fachkräfte in den Bildungseinrichtungen!

Schleswig-Holstein als Leuchtturm für frühkindliche Bildung in Kitas und Horten

Sinkende Kinderzahlen dürfen jetzt und in Zukunft nicht dazu führen, dass Personal aus den Kindertagesstätten und Horten abwandert. Vielmehr müssen neben „Kita für Alle“ und „Perspektivkitas“, freiwerdende Mittel als „Bildungsrendite“ genutzt werden, um Personal zu entlasten und mehr frühkindliche Bildung in Schleswig-Holstein zu leisten.

Der Besuch von Kindertagesstätten legt den Grundstein für erfolgreiche Bildung. Kitas sind Bildungseinrichtungen. Deshalb müssen Kitas so ausgestattet sein, dass die Fachkräfte ihrer pädagogischen Arbeit nachkommen können. Dafür braucht es dringend eine bessere Fachkraft-Kind-Relation – mit dem Schlüssel 1:2 für unter Einjährige, 1:3 für Ein- bis Dreijährige, 1:8 für Drei- bis Fünfjährige und 1:10 für Kinder ab sechs Jahren. Darüber hinaus sind mehr Leitungsfreistellung, Fachberatung und Vor- und Nachbereitungszeit als mittelbare pädagogische Arbeitszeit erforderlich.

Mehr Stellen für die Schulen – Lehrkräfte entlasten!

Die Situation in Schleswig-Holsteins Schulen ist dramatisch. Immer mehr Schüler*innen verlassen die Schule ohne Abschluss. Bildungsuntersuchungen kommen zu alarmierenden Ergebnissen. Gleichzeitig sind die Schüler*innen mental hoch belastet. Wir brauchen eine Wende in den Schulen. Die Lehrkräfte brauchen mehr Zeit für individuelle Förderung und die pädagogische Begleitung der Schüler*innen. Insbesondere an den Gemeinschaftsschulen brauchen wir mehr Lehrkräftestellen für Differenzierung. Darüber hinaus müssen Lehrkräfte für ihre Arbeit dringend entlastet werden. Es braucht dafür eine Reduzierung der Pflichtstunden und eine Reduzierung der Tätigkeiten, die nicht direkt dem Unterricht oder der pädagogischen Begleitung der Schüler*innen zugutekommen.

Inklusion, die leistbar ist

Der DGB bekennt sich klar zum Menschenrecht auf inklusive Bildung. Die aktuelle Umsetzung in den Schulen geht aber zulasten der Schüler*innen, Lehrkräfte und des weiteren pädagogischen Personals. Die immer wieder versprochene Etablierung multiprofessioneller Teams muss endlich auch umgesetzt werden. Dazu braucht es eine Weiterentwicklung der Schulassistenz und Schulbegleitung zur Klassenassistenz und die Übertragung auf alle Schularten, den Schlüssel von einer Fachkraft auf 150 Schüler*innen zur Versorgung der Schulen mit Schulsozialarbeiter*innen, eine Weiterentwicklung und ggf. Bedarfsanpassung der Versorgung mit Sonderpädagog*innen sowie einen Ausbau des schulpsychologischen Dienstes.

Schulleitung = pädagogische Leitung

Schulleitungen klagen zu Recht über eine immense Arbeitsbelastung – vor allem durch Verwaltungstätigkeiten, für die sie nicht ausgebildet sind. Die originäre Aufgabe von Schulleitungen, die Schulentwicklung, droht dadurch zu kurz zu kommen. Schleswig-Holstein hatte sich auf den Weg gemacht, Schulverwaltungskräfte zu etablieren, dann aber das Projekt trotz positiver Rückmeldungen beendet. Das ist ein Fehler! Gute Schule gibt es nur, wenn Schulleitungen auch Zeit für schulische Weiterentwicklung haben und nicht in Verwaltungstätigkeiten ersticken. Schulen brauchen Verwaltungskräfte.

Ganztag weiterentwickeln

Der Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung muss konsequent weiterentwickelt werden. Es braucht deshalb eine sinnvolle Verzahnung von Vor- und Nachmittag sowie die Bereitstellung von Teamzeit für das gesamte Schulteam. Hier müssen auch die Lehrkräfte einbezogen sein. Schule muss zum attraktiven Lern- und Lebensort weiterentwickelt werden und es braucht tarifizierte Arbeitsverhältnisse für alle an Schule Beschäftigten, um gutes Personal zu sichern.

Faire Bezahlung von Lehramtsanwärter*innen

Die Anwärterbezüge von Lehramtsanwärter*innen müssen dringend an die reguläre Gehaltsentwicklung angepasst werden und auf 60 Prozent des Einstiegsentgelts angehoben werden. Fahrtkostenerstattungen müssen gerade für diese Berufsgruppe erhöht werden.

Hochschulen

Umfassende Vorschläge für tragfähige und faire Personalstrukturen in der Wissenschaft liegen vor und sind kein reines Thema für Arbeitnehmervertretungen mehr. An Schleswig-Holsteins Hochschulen sind die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Personals trotzdem noch immer von hohen Befristungsquoten, unsicheren Karrierewegen und vielfachen Abhängigkeiten in einem streng hierarchischen System geprägt. Wir erwarten, dass die Landesregierung gemeinsam mit den Hochschulen und dem DGB schnellstmöglich eine zukunftsfähige Personalstruktur erarbeitet, die zu mehr besseren Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Personals führt.

Rücknahme der Verwaltungsgebühren für Studierende

Wir fordern die zukünftige Landesregierung auf, umgehend die Einführung von Verwaltungsgebühren für Studierende an den Hochschulen rückgängig zu machen.

Demokratie sichern und stärken

Politische Bildung sichern und stärken

Die Demokratie und ihre Institutionen müssen geschützt und gestärkt werden. Dafür braucht es ein konsequentes Handeln der zukünftigen Landesregierung. Durch ein Demokratiefördergesetz können Projekte, die sich für eine demokratische Gesellschaft einsetzen, langfristig gesichert und zivilgesellschaftliches Engagement kann gestärkt werden. Gleichzeitig müssen die Mittel für politische Bildung und Demokratiearbeit erhöht werden und die demokratische Bildung muss bereits in Schule und Ausbildung gestärkt werden.

Falsch verstandene Neutralität darf nicht als Hindernis für die demokratische Bildung gelten.

Lehrende müssen besser geschult und vom Land unterstützt werden, damit sie rechtssicher agieren können.

Demokratie in Gesellschaft und im Betrieb fördern

Demokratie muss auch in Gesellschaft und im Betrieb gelebt werden. Bereits in Schule und Ausbildung muss Mitbestimmung gelebt werden und müssen die Mitbestimmungsgremien attraktiv und wirksam ausgestaltet sein. Gewerkschaften und Mitbestimmung in Betrieben und Dienststellen müssen als zentrale Bausteine unserer Demokratie anerkannt und gestärkt werden.

Der Behinderung von Betriebs- oder Personalratsarbeit muss entschieden begegnet werden.

Darüber hinaus kann durch die Einführung einer „Demokratiezeit“ von einer Stunde pro Woche die Mitbestimmung im Betrieb und demokratisches Engagement gefördert werden. Eine gesetzliche und bezahlte Freistellung für ehrenamtliches Engagement außerhalb des Betriebs kann gesellschaftliches Engagement und den sozialen Zusammenhalt fördern.

Kunst, Kultur und freie Medien als essenzielle Bestandteile der Demokratie

Kunst, Kultur und freie Medien brauchen verlässliche Unterstützung und Schutz. Daher fordern wir eine langfristige und dynamische Finanzierung von Kunst- und Kultureinrichtungen und eine Positionierung für einen unabhängigen und starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie des journalistischen Berufsstandes.

Eine lebendige Erinnerungskultur etablieren

Antisemitismus, Rassismus und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nehmen auch in Schleswig-Holstein zu. Es ist deshalb von immenser Bedeutung, die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Es wäre deshalb ein großer Gewinn, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus als Feiertag in Schleswig-Holstein zu etablieren. Er kann sowohl zum Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus als auch für die heutige Demokratiearbeit genutzt werden.



